

# Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 11. Februar 1972 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 14,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 1/1972 März

## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

*Bewegte sich die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD bis November 1971 eher zögernd auf ein ausgesprochenes Krisengefälle hin, so setzte einen Monat später sprunghaft der Rückgang ein: die Industrieproduktion (netto) ging im Dezember gegenüber November um —12,3 Prozent zurück, im Vergleich zu Dezember 1970 um —4,2 Prozent; bei den Auftrags-eingängen beliefen sich die Werte auf —3,1 Prozent und —1,5 Prozent.*

*Die heftigsten Krisenimpulse gehen von der Investitionsgüterherstellung aus. Hier sind Produktion wie Auftragsgänge relativ einem noch stärkeren Druck unterworfen. Bundesregierung und Sachverständigenrat versuchen mit optimistischen Prognosen das schon bestehende Ausmaß des Abschwungs zu verdecken. Sie nehmen ein höheres reales Investitions-wachstum für 1972 an als von den Unternehmern geplant wird: in der verarbeitenden Industrie sind Einschränkungen bis —10 Prozent vorgesehen.*

*Daher ist die im Jahreswirtschaftsbericht 1972 kalkulierte Arbeitslosenquote von 1 Prozent offenbar zu niedrig angesetzt. Schon im Dezember 1971 stieg die Arbeitslosenquote auf 1,2 Prozent.*

*Daß insbesondere von der Bundesregierung am Vorrang der Vollbeschäftigung nicht mehr festgehalten wird, zeigt einmal die bislang unterbliebene konjunkturelle Gegensteuerung — immer noch steht z. B. die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags aus —, zum anderen ihre Absicht, die öffentlichen Investitionen höchstens um +14 Prozent anzuheben. Dagegen*

*hält selbst der Sachverständigenrat eine Rate von +18 Prozent für notwendig.*

*Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist das an erster Stelle gerückte wirtschaftspolitische Ziel der Bundesregierung, die Wiederherstellung der Geldwertstabilität, indes nicht erreicht worden. 1971 verteuerte sich das BSP um +7 Prozent, die Inlandsnachfrage um +7,3 Prozent, der private Verbrauch um +5,2 Prozent. Der Fehlschlag der Preisdämpfungspolitik hält die Bundesregierung nicht davon ab, die Ursache des steigenden Preisniveaus auch 1972 nicht zu beseitigen. Sie liegt in der monopolistischen Profitausdehnung. Die Bundesregierung besteht für 1972 auf höhere Profite (+7 Prozent) bei fallenden Löhnen und Gehältern (allenfalls +5 Prozent). Die monopolistische Preisgestaltung soll nicht beeinträchtigt werden; denn der private Verbrauch wird — selbst nach der in dieser Hinsicht gewöhnlich untertreibenden Jahresprojektion — 1972 um mindestens +4,5 Prozent teurer.*

*Jedoch hat die Preispolitik der öffentlichen Hand diesen Eckwert inzwischen als Propaganda enthüllt. Die heraufgesetzten Bundesbahntarife (im Durchschnitt über 5 Prozent), die für Juli beschlossene Erhöhung der Postgebühren (+11,4 Prozent) und die Zug um Zug steigenden Tarife der kommunalen Verkehrsmittel markieren die wirklichen Signale.*

*Wenn die Gewerkschaften angesichts dieser Entwicklungen weiterhin auf eine aktive Lohnpolitik oder wenigstens auf eine nach der DGB-Projektion für 1972 (Nettoeinkommen der abhängigen Beschäf-*

*tigten +8,5 Prozent) verzichten, werden 1972/73 spürbare Realeinkommensverluste der Arbeiterklasse bei um sich greifender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im laufenden Jahr unvermeidlich sein.*

### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

#### 2 Unternehmerrgewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Frauenarbeit

#### 4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

#### 5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

## 1.1 Sozialprodukt

Sowohl der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als auch die Bundesregierung gehen von einem stagnierenden realen Wachstum des BSP für 1972 aus, ebenso von Arbeitslosigkeit und anhaltenden Preissteigerungen. Wie im vorigen Jahr, so sind deren Prognosen viel zu positiv und zum Teil bereits überholt. Dies gilt sowohl für die Preise als auch für die Arbeitsmarktlage. Es ist zudem äußerst wahrscheinlich, daß das Investitionsvolumen unter die angenommenen Raten fallen wird.

Im wesentlichen gilt dieses Mißverhältnis zwischen Vorausschau und Krisenausmaß auch für die DGB-Zielprojektion, die allerdings schon im Herbst 1971 erstellt wurde.

Folgende Tendenzen wurden für 1972 im einzelnen angenommen:

	DGB	Sachverständigenrat	Bundesregierung
	(Zunahme in Prozent gegen d. Vorj.)		
BIP, real	3,0*	1,0	2 — 3
Privater Verbrauch	8,0	6,5	7,5— 8,5
Staatsverbrauch	10,0	12,5	10,5—11,5
Anlageinvestitionen	8,5	1,0	3,5— 4,5
Preissteigerung des privaten Verbrauchs	4,0	4,5	4,5

\*BSP  
(Quelle: Welt der Arbeit, 17. 12. 71; Jahresgutachten 1971 des Sachverständigenrats (JG), S. 118; Jahreswirtschaftsbericht 1972 der Bundesregierung (JWB), S. 17)

Welch starke Abweichung aber zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen der Bundesregierung für 1971 und der tatsächlichen Lage zu verzeichnen war, verdeutlicht folgende Gegenüberstellung:

	Projektion	Tatsüchl. Entwicklg.
	(Zunahme in Prozent gegen d. Vorj.)	
BIP, real	3—4	2,8
BIP, nominal		10,8
Preissteigerung:		
Privater Verbrauch	3	5,2
Inlandsnachfrage	3,5—4,5	7,3

(Quelle: JWB 1972, S. 14)

Im Hinblick auf das laufende Jahr stellte der Sachverständigenrat fest: „Die westdeutsche Wirtschaft tritt 1972 in eine kritische Konjunkturphase ein. Alle Indikatoren deuten darauf hin, daß sich der Konjunkturabschwung zunächst fortsetzen und der Auslastungsgrad des Produktionspotentials weiter verringern wird.“ (JG, Ziffer 213.)

Der Einfluß der Unternehmer auf die konjunkturelle Entwicklung ergibt sich aus den nachstehenden Bemerkungen: „Das Ausmaß des Rückgangs wird . . . davon bestimmt, wie die Unternehmen die weitere Konjunkturentwicklung einschätzen und welche Möglichkeiten sie haben, einem weiteren Ertragsverfall zu begegnen . . . Es ist zu befürchten, daß die Unternehmen eher versuchen werden, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben, als ihren Absatz durch Preis-senkungen auszuweiten.“ (JG, Ziffern 221, 224)

Global charakterisiert ein Vergleich der nominalen und realen Sozialproduktveränderungen seit 1968 den Übergang zur Stagnation bei unvermindertem Preisauftrieb (s. Differenz):

	In Jeweiligen Preisen		In den Preisen von 1962		Differenz	
	BSP	NSP	BSP	NSP	BSP	NSP
1968	+ 9,0	+ 9,3	+ 7,3	+ 7,4	+ 1,7	+ 1,9
1969	+ 11,7	+ 11,8	+ 8,0	+ 8,1	+ 3,7	+ 3,7
1970	+ 13,0	+ 12,7	+ 5,3	+ 5,1	+ 7,7	+ 7,6
1971	+ 10,9	+ 10,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 8,0	+ 7,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1972, S. 25)

Zur Entstehung des BIP trugen folgende Wirtschaftsbereiche bei (in jeweiligen Preisen, Anteile in Prozent!):

	Land- und Fortwirtsch.	Warenprod. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienstleistung	Private Haushalte Staat u. ä.
1968	3,8	52,9	19,0	14,0	10,4
1969	3,7	53,5	18,4	14,0	10,5
1970	3,1	54,2	17,9	14,0	10,7
1971	2,8	54,0	17,6	14,3	11,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1972, S. 26)

Zum erstenmal sank die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft bei der Erstellung des BIP 1971 unter die 3-Prozent-Schwelle. Dieses Absinken korrespondiert mit dem Ausscheiden von rund 82 000 landwirtschaftlichen Betrieben aus dem Wirtschaftsprozeß. Die Pläne der EWG und der Bundesregierung sehen in den nächsten Jahren eine noch weitergehende Verkleinerung des landwirtschaftlichen Sektors vor, wobei allerdings die Zahl der Großbetriebe — wie auch bisher schon — zunehmen soll.

Der Rückgang des Zuwachses des realen Sozialprodukts 1971 gegenüber 1970 um — 2 Prozent hat Anfang 1972 krisenhaftes Ausmaß erreicht. Die Aussichten für das laufende Jahr sind negativer als in den Projektionen angenommen wird. Schon 1971 wurde von der Bundesregierung sowohl die Preissteigerungsrate als auch die des realen Wachstums falsch eingeschätzt. Das Unternehmerverhalten durchkreuzte alle positiven Absichten, was vom Sachverständigenrat auch für 1972 befürchtet wird.

## 1.2 Industrieproduktion

Im Dezember 1971 ging das Wachstum der Industrieproduktion im Vorjahresvergleich um — 4,1 Prozent zurück, gegenüber dem Vormonat indes schon um — 12,3 Prozent. Im 3. Vj. 1971 konnte, gemessen am Vorjahreszeitraum, eine Steigerung von nur + 0,7 Prozent erreicht werden. Sie reichte bei weitem nicht mehr aus, um den Rückstand zum 2. Vj. 1971 (— 10,4 Prozent) auszugleichen, wie weiter unten ausgeführt wird.

Zunahme der Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozenten

	1970		1971		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
	5,8	2,1	3,8	2,1	0,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 501\*; JG, S. 207)

Die Veränderungen nach Industriesparten umfaßten:

Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

	1971		Veränd. i. % gegenüb.	
	2. Vj.	3. Vj.	d. Vorj.	2. Vj. 1971
Industrie insgesamt	167,8	150,4	+ 1,6	— 10,4
Kohlenbergbau	87,5	80,3	— 0,7	— 8,2
Eisenschaffende Industrie	138,1	131,1	— 7,8	— 5,1
Chem. Industrie	255,0	239,9	+ 6,2	— 5,9
Maschinenbau	144,3	123,0	— 0,4	— 14,8
Straßenfahrzeugbau	207,3	162,5	+ 6,3	— 21,6
Elektrotechn. Industrie	199,7	165,6	— 3,5	— 17,1
Textilindustrie	147,9	118,5	+ 6,3	— 19,9
Ernährungsindustrie	144,0	136,7	+ 2,9	— 5,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 501\* I.; 12/1971, S. 695\* I.; INFO 1/1971, S. 2)

Der positiven Veränderung im Vorjahresvergleich von + 1,6 Prozent entsprach ein negatives Ausstoßergebnis von — 10,4 Prozent im Vergleich zum 2. Vj. 1971 in bezug auf die gesamte Industrie.

Die Eisenschaffende Industrie erlitt jeweils Rückgänge von — 7,8 (zum 3. Vj. 1970) und — 5,1 Prozent (gegenüb. d. 2. Vj. 1971). Der Kohlenbergbau förderte vergleichsweise — 0,7 Prozent bzw. — 8,2 Prozent weniger. Beim Maschinenbau war die Ausbringung generell ebenfalls rückläufig: — 0,4 Prozent bzw. — 14,8 Prozent. Die Elektrotechnische Industrie mußte

mit -3,5 Prozent und -17,1 Prozent noch tiefere Einbrüche hinnehmen. Einen relativ hohen Ausstoß erzielte die Chemische Industrie im Vorjahresvergleich (+6,2 Prozent), während gegenüber dem 2. Vj. 1971 ein Abfall von -5,9 Prozent ermittelt wurde. Die Diskrepanz im Straßenfahrzeugbau war noch auffälliger: +6,3 Prozent bzw. -21,6 Prozent. Ähnlich war das Resultat in der Textilindustrie: +6,3 Prozent bzw. -19,9 Prozent. Die Ernährungsindustrie verzeichnete folgende Raten: +2,9 Prozent sowie -5,1 Prozent.

Bis zum Oktober 1971 trat die Rezession noch verhaltener in Erscheinung, wie ein Überblick von September bis Dezember 1971 veranschaulicht:

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränd. geg. d. Vorj. in %	
	1970	1971	1970	1971
September	157,9	161,4	+ 4,5	+ 2,2
Oktober	164,2	169,9	+ 4,6	+ 3,5
November	171,3	171,5	- 0,1	+ 0,1
Dezember	157,7	151	+ 1,0	- 4,2

(Quelle: INFO 2/1971, S. 3; Wirtschaft u. Statistik, 11/1971, S. 635' 12/1971, S. 695'; BMWF-Tagesnachrichten, 3. 2. 1972)

Wie in den Sommermonaten des vergangenen Jahres, so hatte der Ausstoß der Verbrauchsgüterindustrie noch bis zum Jahresende maßgeblichen Anteil am relativ stabilen Stand der Produktion insgesamt:

	Investitionsgüterindustrie		Verbrauchsgüterindustrie		Bauindustrie	
	1970	1971	1970	1971	1970	1971
September	159,0	159,5	151,1	156,4	164,5	157,9
Oktober	166,0	167,8	158,0	169,6	160,3	162,5
November	177,5	168,3	165,4	170,5	160,5	150,7
Dezember	167,2	144	147,1	150	125,2	115

Prozent-Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

September	+ 6,4	+ 0,3	+ 2,1	+ 3,5	+ 10,4	- 4,0
Oktober	+ 7,7	+ 1,1	+ 2,3	+ 7,3	+ 8,7	+ 1,4
November	+ 1,4	- 5,2	- 3,1	+ 3,1	+ 6,2	- 6,1
Dezember	± 0	- 13,9	- 1,5	+ 2,0	+ 41,0	- 8,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1970, S. 342'; 1/1972, S. 20'; BMWF Tagesnachrichten 3. 2. 1972)

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung äußerte hinsichtlich der Verbrauchsgüterkonjunktur: „Der nur zögernde Abbau der hohen Lohnsteigerungsraten bildete . . . im Abschwung ein stabilisierendes Element gegen eine zu rasche Abschwächung der Endnachfrage und war eine wichtige Voraussetzung für den bisher maßvollen Abschwung.“ (ifo schnelldienst 4/1972, S. 3.)

Wenn auch die Höhe der Lohnsteigerungsraten 1971 sicher nicht den Vorstellungen der abhängig Beschäftigten entsprach, bleibt doch die Tatsache, daß bis Ende 1971 die 1970 im Verhältnis zu den vorangegangenen Jahren besonders hohen Effektivlöhne den Konsum stimulierten.

Dagegen befindet sich die Investitionsgüterindustrie in einer scharfen Abwärtsbewegung. Nach knappen Zuwächsen im September und Oktober 1971 gegenüber 1970 wurde mit -5,2 Prozent im November, dann mit -13,9 Prozent im Dezember der jeweilige Vorjahresausstoß klar unterschritten. Dazu trugen schon im November u. a. der Liefer- und Lastkraftwagenbau mit -24,1 Prozent, die Feinmechanische und Optische Industrie (-15,5 Prozent), die Stahlverformung (-16,2 Prozent) und der Maschinenbau als wichtigste Investitionsgüterindustrie mit -6,6 Prozent bei.

Anhaltend schwach erweist sich der Baubereich (September bis Dezember 1971 gegenüber dem Vorjahr -4,0, +1,4, -6,1, -8,1 Prozent). Hier machte sich immer noch die Ausgabensperre der öffentlichen Hand bemerkbar, die den Tiefbau (insbesondere Straßenbau) einschränken sollte.

Die krisenanfällige Situation in der BRD wird des weiteren durch die im ganzen zurückgehende Entwicklung der Umsätze wiedergespiegelt, wobei hier der Vormonatsvergleich der Monate November und Oktober 1971 aufschlußreich ist:

	Umsatzveränderung in % geg. dem Vorjahr		Umsatzveränderung in % geg. dem Vorjahr	
	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz
September	+ 22,9	+ 28,6	+ 6,5	+ 11,0
Oktober	- 2,9	- 9,0	+ 2,6	+ 2,5
November	- 2,5	+ 1,2	+ 4,4	+ 4,5

(Quelle: BMWF Monatsbericht, 12/1972, III b)

Der Außenhandelsumsatz blieb im letzten Vierteljahr 1971 recht schwach, und der Gesamtumsatz ging darüber hinaus kontinuierlich zurück: Oktober auf September 1971 -3,3 Prozent, November auf Oktober -2,5 Prozent.

Bringt man die Inflation des letzten Jahres in Ansatz, dann wird auch im Vorjahresvergleich die labile Wirtschaftslage augenscheinlich; denn die Umsatzwerte geben nicht reale, sondern bloß nominale Größen wieder.

Dies gilt ebenso für die Auftragseingänge. Allein schon nominal signalisieren die Indizes im Vormonatsvergleich einen raschen Konjunkturabbau, wie nachstehende Zahlen zeigen:

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, öffentliche Energiewirtschaft) 1962 = 100

	Auftragseingangsindex		Veränderung i. % geg. dem Vormonat		Veränderung i. % geg. dem Vorjahr	
	1970	1971	1971	1970	1971	1971
Oktober	199	202	+ 1,0	- 3,4	+ 1,5	
November	194	196	- 3,0	+ 3,1	+ 1,0	
Dezember	193	190	- 3,1	+ 7,9	- 1,5	

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1972, S. 18'; BMWF Tagesnachrichten, 3. 2. 1972; INFO 2/1971, S. 3)

Die Abschwächung im 4. Vj. 1971 bedeutet im Vorjahresvergleich nach Ausschaltung der Preissteigerungen einen realen Rückgang der Bestellungen um 2,5-3 Prozent.

Entscheidend für die Aussichten in den kommenden Monaten ist die Auftragslage im Investitionsgütersektor. Er konnte - saisonbedingt - im Oktober/November 1971 gegenüber den Vormonaten August/September um etwa -3,5 Prozent weniger Bestellungen buchen, im Dezember um -1,4 Prozent gegenüber November.

Der Auftragseingang im Maschinenbau lag sogar unter diesen Durchschnittswerten (Oktober/November im Vergleich zu August/September -7,5 Prozent).

Im Vorjahresvergleich nahmen die Bestellungen in der Investitionsgüterindustrie im Dezember nominal um -7,0 Prozent ab. Der reale Rückgang umfaßte bereits im November -8 Prozent, speziell der Maschinenbau hatte im November nominal -13,5 Prozent, real -19 Prozent weniger Aufträge hereingenommen. (BMWF Monatsbericht 1/1972, S. 3.)

Nach dem jüngsten ifo-Konjunkturtest gingen die Auftragsbestände der Investitionsgüterindustrie von 5,8 Produktionsmonaten im September 1971 auf 5,1 Monate im Dezember zurück (ifo schnelldienst, 4/1972, S. 5); im September 1969 waren es dagegen noch 7,2, im September 1970 6,9 Monate (s. d. INFO 3/1970, S. 3).

Die durch Aufträge gesicherte Produktionsdauer der gesamten Industrie betrug im Dezember 1971 nur noch knapp 3 Monate, während sie im Dezember 1970 fast 4 Monate, im Dezember 1969 knapp über 4 Monate umfaßte.

Was die Exportaussichten betrifft, so lagen die Auslandsaufträge im Oktober/November nominal um -1,5 Prozent, real um -4,5 Prozent unter beiden Vorjahrsmonaten, im Dezember 1971 um -4,1 Prozent (nominal) unter dem Wert vom Dezember 1970. Auch das kapitalistische Ausland hat derzeit mit Stagnation zu rechnen, so daß Exportoffensiven der BRD-Industrie zur Entlastung der Binnenrezession wenig wahrscheinlich sein dürften.

Nettoproduktions- und Auftragseingangsabfall im Dezember 1971 um -12,3 bzw. -3,1 Prozent gegenüber dem Vormonat kennzeichnen den Verlauf der gegenwärtigen Wirtschaftsphase. Daß der Abschwung nicht früher einsetzte, war auf die relative Stabilität der Verbrauchsgüterindustrie zurückzuführen. Sie hatte im November 1971 im Vergleich zum Vorjahresmonat noch einen höheren Ausstoß von +3 Prozent, im Dezember 1971 gegenüber Dezember 1970 einen von +2 Prozent.

Die stärkste Produktionseinschränkung meldete die Investitionsgüterherstellung mit -14 Prozent im Dezember 1971 gegenüber Dezember 1970. Produktionsdauer aufgrund von Aufträgen im Dezember 1971 knapp 3 Monate (Dezember 1970 4 Monate).

### 1.3 Außenwirtschaft

Wie in den Vorjahren, so gelang es auch 1971 nicht, das im Stabilitätsgesetz verlangte außenwirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen. Erneut kam es zu einem Handelsbilanzüberschuß in der Größenordnung der beiden vorangegangenen Jahre. Weder die Aufwertungen im Oktober 1969 und im Dezember 1971, noch die Wechselkursfreigabe der D-Mark konnten einen Tendenzwandel herbeiführen, obwohl diese Maßnahmen offiziell diesem Ziel dienen sollten.

#### Handels- und Kapitalbilanzsaldo (in Mrd. DM)

	Handelsbilanz	Kapitalbilanz
1970, Januar—Dezember	+ 15,7	+ 9,9
1971, Januar—Dezember	+ 15,9	+ 6,3

(Quelle: Ifo schnelldienst, 1/2, 1972, S. 8)

Der positive Handelsbilanzsaldo errechnet sich aus einer Einfuhr in Höhe von 120,1 Mrd. und einem Export von 136,0 Mrd. DM. Der Preissteigerungseffekt verminderte allerdings den realen Wert der Ausfuhren um etwa 1,7—2 Prozent.

Die positive Kapitalbilanz (Januar—Dezember 1971 +6,3 Mrd. DM) hebt sich dagegen von der des Jahres 1970 merklich ab, als sie sich auf fast 10 Mrd. DM belief. Hauptsächlich beruhte dies auf Transaktionen im kurzfristigen Kapitalverkehr. Neben dem Abfluß von Spekulationsgeld nach der Wechselkursfreigabe im Mai 1971 spielte — umfangmäßig ausschlaggebender — die Rückzahlung ausländischer Forderungen eine Rolle, die annähernd 7 Mrd. DM betrug. Dieses Geld wurde von Unternehmen in der BRD kurzfristig aufgenommen, das zwar zum Teil auch aus spekulativen Gründen, zum anderen Teil aber wegen der Zinsspanne zwischen der BRD und dem Ausland (Ausnutzung des niedrigeren ausländischen Zinsniveaus) zu Finanzierungszwecken beansprucht wurde.

Zur Entwicklung der Handelsbilanz bleibt festzustellen, daß die Änderung des DM-Außenwerts vom 18. Dezember 1971 (im Durchschnitt gegenüber sämtlichen kapitalistischen Währungen eine 6prozentige Aufwertung, eine 13,6prozentige gegenüber dem US-Dollar) an der Handelsbilanzstruktur der BRD nichts Wesentliches ändern wird; denn das Exportgeschäft ist von anderen Faktoren abhängig.

Entscheidender ist das relative Lohnniveau in der BRD, das heißt die im Verhältnis zur Produktivität im Vergleich mit anderen kapitalistischen Ländern gezahlten Löhne. Die Profitspannen der exportorientierten Konzerne sind genügend breit, um wechselkursbedingten Preisveränderungen begegnen zu können. Während 1971 der Preisauftrieb auf den Binnenmärkten keine Unterbrechung erfuhr, sank der Preisindex für Auslandsgüter ab November bzw. es wurden keine Preisanhebungen mehr vorgenommen. (Ifo schnelldienst, 3/1972, S. 1.)

Mit anderen Worten: jede Anpassung von Löhnen und Gehältern an die Vorstellungen der Unternehmer — wie sie auch in die Orientierungsdaten der Bundesregierung Eingang finden — eröffnet ihnen weitere Exportchancen. Damit aber wird der inflationäre Prozeß in der BRD stetig vorangetrieben: Geldüberhang infolge des Güterabflusses.

Darüber hinaus drängt der permanente Exportsog infolge des Devisenzustroms zu weiteren Aufwertungen. Sie lösen zuvor schon — wie 1969 und 1971 — immense Spekulationswellen aus, die den Binnenwert der D-Mark weiter drücken. Als Anschlußeffekt wirkt dann sofort der politische Druck auf die Gewerkschaften, um der fiktiven Geldwertstabilität willen auf ihre Ausgangsforderungen zu verzichten.

Daß das internationale monopolistische Finanzkartell tatsächlich die nächste DM-Aufwertung disponiert, erhellt die Entwicklung der BRD-Währungsreserven. Bis November 1971 wurde ein Rekordstand im Wert von 64 Mrd. DM an Gold und Auslandsforderungen erreicht, aber einen Monat nach der DM-Aufwertung stand bereits fest, daß es nicht zu dem erwarteten umfangreichen Dollarabfluß gekommen war. Da der USA-Kongreß die Abwertung des Dollars noch nicht beschlossen hat, wurde der Spekulation wiederum die Möglichkeit geboten, die „Flucht aus dem Dollar“ fortzusetzen aus der Annahme heraus, der Kongreß würde einen höheren Abwertungssatz beschließen. Die Bundesbank mußte daher erneut Dollars aufnehmen.

Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre müßte es im Interesse der abhängig Beschäftigten in der BRD liegen,

- daß unverzüglich auf gesetzlichem Wege der spekulative Zustrom ausländischer Währungen blockiert wird,
- die Subventionierung sogenannter aufwertungsgeschädigter Industriezweige einzustellen,
- die Exporterlöse steuerlich so stark zu belasten, daß ihr Aufkommen zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen für den Umweltschutz, den Wohnungsbau und das Bildungswesen verwendet werden kann.

Es muß das Ziel sein, die exportorientierten Investitionsströme in der BRD auf gesellschaftspolitisch erforderliche Projekte umzustellen, die bei Mangel an Finanzen nicht in Angriff genommen wurden.

Eine Umkehr der Wirtschaftspolitik hat zu gewährleisten, daß die Sicherheit Hunderttausender von Arbeitsplätzen in der BRD nicht mehr vom Exportboom abhängt, wenn die Binnennachfrage abflaut. Rückläufige Resultate im Auslandsgeschäft dürfen die Vollbeschäftigung nicht gefährden.

Aufwertung und Wechselkursfreigabe verhindern 1971 nicht einen weiteren Exportüberschuß von 15,9 Mrd. DM (1970 15,7 Mrd.). Die BRD-Exporte unterbieten aufgrund des relativ niedrigen binnenländischen Lohnniveaus die kapitalistische Konkurrenz des Auslandes. Hohe Profitspannen erlauben ein Auffangen von Exportpreiserhöhungen infolge von DM-Aufwertungen. Hohe Exportüberschüsse bedeuten steigende Inflation durch wachsenden Devisenzustrom. Er löst die Spekulation auf eine neue Aufwertung aus. Beendet werden kann dieser Prozeß nur durch forcierte aktive Lohnpolitik, steuerlich stärkere Belastung der Exporte und Deviseneinfuhrkontrolle.

### 1.4 Investitionen

Nachdem im 2. Hj. 1971 im Unternehmensbereich die erwartete Änderung der Investitionspolitik eingetreten war, ist aller Voraussicht nach für 1972 eine real fast 10prozentige Einschränkung der Investitionen zu erwarten. Die Konsequenz dürfte dann im Laufe des Jahres eine ernsthaftige Krise sein, die nur mit erheblichem staatlichen Mitteleinsatz in Grenzen gehalten werden könnte. Ob die bislang fixierten Beträge und Maßnahmen wirklich ausreichend sein werden, ist angesichts des Umfangs der privatunternehmerischen Investitionskürzungen fraglich.

Es war ein kalkuliertes Versäumnis der Bundesregierung, nicht schon im 2. Hj. 1971 die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand angeregt sowie — zwecks Stützung der Endnachfrage — den Konjunkturzuschlag (5,8 Mrd. DM) zurückgezahlt zu haben.

Gemessen an den von der Beschneidung der Masseneinkommen her begrenzten Möglichkeiten des privaten Verbrauchs war der Umfang der Bruttoanlageinvestitionen im Zeitraum 1969/71 überspannt.

### Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

	BSP zu jeweiligen	Bruttoanlageinvestitionen in	
	Preisen in Mrd. DM	Mrd. DM	% des BSP
1967	495,5	114,4	23,1
1968	540,0	124,8	23,1
1969	603,4	146,2	24,2
1970	682,1	181,1	26,5
1971	756,4	202,6	26,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1970, S. 210; 1/1972, S. 27)

Nominal, also zu laufenden Preisen, zogen die Bruttoanlageinvestitionen 1971 gegenüber dem Vorjahr um 11,9 Prozent an und übertrafen damit die nominale Zuwachsrate des BSP um fast 1 Prozent.

Vom Sektor der verarbeitenden Industrie aus wird die einschneidende Revision der Investitionsbudgets 1972 nach den neuesten ifo-Investitionerhebungen in folgenden Größenordnungen erfolgen:

### Bruttoanlageinvestitionen der Industrie (nominal)

	In Mrd. DM		Veränd. geg. d. Vorj. 1. %	
	1970	1971	1971	1972**
Verarbeitende Industrie	33,6	+ 22	+ 2	- 6
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	12,8	+ 21	+ 3	- 6
Investitionsgüterindustrie	12,7	+ 32	+ 2	- 10
Verbrauchsgüterindustrie	5,2	+ 12	- 2	± 0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2,9	+ 6	+ 5	+ 1

(Quelle: Ifo schnelldienst, 1/2, 1972, S. 5)

\*\*Stelle, Erdöl, Eisenhütten-, Metallind.; Mineralölverarb., Chem. Ind., geplant

Allein bei einer von der Bundesregierung veranschlagten Preissteigerungsrate für das BSP im Jahre 1972 von 5 Prozent würden die Investitionskürzungen real etwa 10 Prozent betragen.

Hinsichtlich der konkreten Investitionsprojektion wird 1972 die Rationalisierung generell vor der Kapazitätserweiterung rangieren, d. h. der Arbeitsplatzabbau dürfte danach unausweichlich sein.

### Zielsetzung der Investitionstätigkeit

Als Hauptziel nannten . . . Prozent der Unternehmen:

	Kapazitätserweiterung		Rationalisierung	
	1971	1972	1971	1972
Verarbeitende Industrie	44	35	42	40
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	43	41	45	39
Investitionsgüterindustrie	48	34	37	36
Verbrauchsgüterindustrie	40	21	47	50
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	35	31	46	47

(Quelle: Ifo schnelldienst, 1/2, 1972, S. 8)

Die Bundesregierung rechnet laut JWB 1972 allenfalls mit einer Stagnation der realen Anlageinvestitionen (JWB, S. 18). Diese Annahme verleitet sie zu einer geplanten Ausweitung der staatlichen Investitionen um nominal lediglich 12 bis 14 Prozent. Demgegenüber hält der Sachverständigenrat eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen um 18 Prozent für notwendig, wenn der Vollbeschäftigung der Vorrang vor allen anderen Zielen der Wirtschaftspolitik eingeräumt werden soll (JG, S. 117 ff.).

Die staatliche Wirtschaftspolitik müßte künftig zwecks einer stetigen ökonomischen Entwicklung grundsätzlich dem Ge-

danken der Erhaltung der Vollbeschäftigung folgen. Sie hätte dann einer Investitionspolitik Raum zu geben, welche die Abhängigkeit der Arbeitsplätze von profitorientierten privatunternehmerischen Entscheidungen zumindest mildert. Ziel müßte sein, das Schwergewicht auf den Infrastrukturausbau, den öffentlichen Wohnungsbau, die Bildung und das Gesundheitswesen zu legen.

1972 wird ein fast 10prozentiger Rückgang der Realinvestitionen erwartet. Die heftigen Ausschläge positiver und negativer Zuwachsraten der Investitionen durchkreuzen eine stetige Wirtschaftsentwicklung. Die staatlichen Gegenmaßnahmen sind ungenügend. Angesichts des hohen Investitionsstandes (brutto: 1971 26,8 Prozent des BSP) verursachte der Druck auf Löhne und Gehälter einen Nachfragerückgang, damit Arbeitsplätze, dann Investitionsabbau. Der Sachverständigenrat hält 1972 um 18 Prozent höhere öffentliche Investitionen für notwendig, um die Vollbeschäftigung wiederherzustellen; die Bundesregierung nur eine 12—14prozentige Anhebung, weil sie eine Arbeitslosenquote von 1 Prozent hinnehmen will. 1972 werden die Rationalisierungsvorhaben im Vordergrund stehen.

### 1.5 Beschäftigung

Von September 1970 auf September 1971 reduzierte sich die Zahl der Industriebeschäftigten um —1,2 Prozent (rund 100 000), darunter der Arbeiter um —1,5 Prozent.

Im September 1970 wurde dagegen im Vergleich zum Vorjahresmonat noch eine Zunahme der Industriebeschäftigten von +0,4 Prozent, darunter der Arbeiter von +0,2 Prozent gemeldet.

### Industriebeschäftigung\*

	Industriebeschäftigung		davon Arbeiter	
	insg. in Mio.	Veränd. geg. Vorj. 1. %	in Mio.	Veränd. geg. Vorj. 1. %
1970	8,6	+ 3,6	6,5	+ 3,0
1970, September	8,7	+ 0,4	6,5	+ 0,2
1971, September	8,6	- 1,2	6,4	- 1,5

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 1/1972, S. 8) \*ohne Bauland, Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke. Betriebe mit 10 u. mehr Personen.

Bis Ende November ging die Industriebeschäftigung insgesamt noch schneller zurück:

	Industriebeschäftigte		Veränd. geg. d. Vorj. 1. %	
	in Mio.	1971	1970	1971
September	8,69	8,56	+ 3,0	- 1,5
Oktober	8,69	8,53	+ 2,6	- 1,9
November	8,68	8,50	+ 2,1	- 2,1

(Quelle: INFO 1/1971, S. 5; Wirtschaft u. Statistik, 1/1972, S. 17\*)

Der Rückgang der Industriebeschäftigung bis November 1971 gegenüber dem Vorjahr entspricht einer zunehmenden Arbeitslosigkeit, deren Quote im Dezember 1971 bereits 1,2 Prozent betrug (November 1971 1,0 Prozent), davon 1,1 Prozent Männer, 1,5 Prozent Frauen. Vom Dezember 1970 bis Dezember 1971 stieg die Arbeitslosigkeit um 54,1 Prozent. Gleichzeitig wurde weiterhin die Zahl der offenen Stellen reduziert, so daß die Arbeitsmarktsituation zu Beginn des laufenden Jahres seit der letzten Krise 1966/67 erneut kritischer geworden ist: nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wurden im Januar 1972 schon 375 000 Arbeitslose gezählt.

### Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

	Arbeitslose (I)		offene Stellen (II)		Differenz (II—I)	
	1970	1971	1970	1971	1970	1971
Oktober	111	170	748	570	637	400
November	130	208	673	493	543	285
Dezember	175	270	603	438	428	168

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1971, S. 686; Statistischer Wochenbericht, 3/1972, S. 4)

Sowohl bei den Arbeitslosen als auch bei den offenen Stellen sind Frauen und — bei ersteren — ausländische Arbeitskräfte am stärksten betroffen.

Belief sich im November 1971 die Arbeitslosenquote bei den Männern auf 0,8 Prozent, so bei den Frauen schon auf 1,3 Prozent.

Rund 304 000 offenen Stellen für männliche standen im November 1971 lediglich noch 189 000 für weibliche Arbeitskräfte gegenüber; im Dezember war das Verhältnis 264 000 für Männer, 174 000 für Frauen (Stat. Wochendienst, 3/1972, S. 5).

Im Hinblick auf die Ausländerarbeitslosigkeit kann aus den Erfahrungen der Krise 1966/67 geschlossen werden, daß sie auch während des derzeit verlaufenden Arbeitsplätzeabbaus überproportional zunehmen wird.

1966/67 ging die Zahl der in der BRD beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte etwa sechsmal so stark zurück wie die der deutschen. In der zu erwartenden Krise wurde schon Anfang Dezember 1971 das Verhältnis entlassener deutscher zu freigesetzten ausländischen Arbeitskräften auf 1,5 zu 10 Prozent geschätzt (ifo schnellendienst 49/1971, S. 1).

Es ist ganz offensichtlich, daß im Ausländerpotential — im September 1971 gab es in der BRD 2,2 Mio. beschäftigte Ausländer — eine zeitgemäße „industrielle Reservearmee“ zu sehen ist. Ausländische Arbeitskräfte fangen deshalb nicht zuletzt den sozialen Druck auf die gesamte Arbeiterklasse auf, weil sie größtenteils im Falle von Arbeitslosigkeit in ihre Heimatländer zurückkehren. Somit wird das Ausmaß wirklicher Arbeitslosigkeit in der Krisenphase statistisch effektiv verkleinert.

Noch deutlicher als die offiziellen Arbeitslosenzahlen decken die über Zurzarbeit auf, wie nahe die Abschwungphase bereits der Lage von 1967 gekommen ist.

#### Kurzarbeiter (in 1000)

1967	1970	Oktober 1971	November 1971	Dezember 1971
142,7	9,6	59	94	406

(Quelle: INFO 4/1971, S. 8; Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 1/1972, S. 11; Statistischer Wochendienst, 3/1972, S. 4)

Rückgang der Industriebeschäftigten von September 1970 bis September 1971 um -1,2 Prozent (100 000), darunter der Arbeiter um -1,5 Prozent. Arbeitslosenquote im Dezember 1971 1,2 Prozent, darunter Männer 1,1 Prozent, Frauen 1,5 Prozent. Arbeitslose im Dezember 1971 rund 270 000 (-54,1 Prozent gegenüber Dezember 1970). Kurzarbeiter etwa 406 000 (November 1971 94 000). Arbeitslose im Januar 375 600.

## 1.6 Umsatz je Beschäftigten

Im 1. Hj. 1971 nahm die Beschäftigung in der Industrie gegenüber dem 1. Hj. 1970 um +1,2 Prozent zu (1. Hj. 1970 +4,9 Prozent), der Umsatz stieg um +8,6 Prozent (1970, 1. Hj. +14,8 Prozent), und der Umsatz je Beschäftigten wuchs um +8 Prozent (1970, 1. Hj. +8,9 Prozent).

Dieses Resultat liegt weit über dem des Aufschwungjahres 1968 (s. d. INFO 4/1971, S. 6).

#### Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschn.)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäft. in 1000 DM
1970	8,6	44,1	5,1
1970, 1. Hj.	8,5	42,1	4,9
1971, 1. Hj.	8,6	45,7	5,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 317; 9/1971, S. 497)

#### Dem entsprechen folgende prozentuale Veränderungen:

	Veränderg. geg. d. Vorj. i. %		
1970	+ 3,7	+ 12,4	+ 8,5
1970, 1. Hj.	+ 4,9	+ 14,8	+ 8,9
1971, 1. Hj.	+ 1,2	+ 8,6	+ 8,2

Je stärker die Krisensituation hervortritt, desto ausgeprägter macht sich die Steigerung der Arbeitsintensität bemerkbar: rasch abnehmenden Beschäftigtenzahlen entsprechen konstant hohe Zunahmen des Umsatzes je Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Gemessen am diesbezüglichen Wert im 1. Hj. 1971 (gegenüber 1. Hj. 1970) verschoben sich die in den Monaten September bis November ermittelten Ergebnisse überproportional: eine monatlich rückläufige Zahl von Industriebeschäftigten erwirtschaftete pro Kopf höhere Umsätze als dem Umsatzanstieg im allgemeinen entsprach.

Von September bis November zeigten sich im einzelnen folgende Entwicklungslinien:

	Umsatz je Beschäftigten in 1000 DM	Veränderung gegenüber dem Beschäftigte	Umsatz	Vorjahr in Prozent Umsatz je Beschäftigten
September	5,9	- 1,4	+ 6,3	+ 7,3
Oktober	5,9	- 1,8	+ 2,7	+ 5,4
November	5,8	- 2,1	+ 5,5	+ 7,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1970, S. 487; 1/1972, S. 17)

## 2 Unternehmergewinne

### 2.1 Bruttogewinne

Im Jahre 1971 wurde im Vergleich zu 1970 eine Steigerung der statistisch gemeldeten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um +4,1 Prozent erreicht (1970 173,3 Mrd., 1971 180,5 Mrd. DM).

#### Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Veränderg. geg. d. Vorj. i. %
1967	128,1	- 1,1
1968	150,6	+ 17,5
1969	159,0	+ 5,6
1970	173,3	+ 9,0
1971	180,5	+ 4,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 69; JWB 1972, S. 42)

Die Tatsache eines Wachstumsrückgangs der Unternehmer- und Vermögenseinkommen (brutto) um 4,9 Prozent ließ die Unternehmer von einer die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gefährdenden Ertragsminderung sprechen. Als hauptsächliche Quelle wurden die Lohnkosten genannt, so daß den gewerkschaftlichen Forderungen unter Berufung auf das statistische Material erfolgreich Widerstand geleistet werden konnte.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß sich in die Kategorie „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ rund 2,9 Mio. sogenannte Selbständige teilen, worunter auch die Aktiengesellschaften als juristische Personen fallen.

Die „Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit“ gelten demgegenüber für 22,5 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte, auf die 1971 eine Gesamtsumme von 399,5 Mrd. DM entfiel (vgl. Kennziffer 3.1).

Betrachtet man allein die Profitentwicklung der Aktiengesellschaften als Kerngruppe des Wirtschaftslebens, dann ergeben sich erheblich von der globalen Einkommenssteigerung abweichende Zuwächse.

Einen tendenziellen Indikator für die tatsächliche Gewinnlage der Aktiengesellschaften stellt die Dividendensumme dar. 1969 und 1970 wurde eine Steigerung dieser Summe bei 1919 erfaßten Aktiengesellschaften (sie repräsentierten 83 Prozent aller AGs mit 85 Prozent des gesamten Grundkapitals) um knapp 22 Prozent ermittelt; die Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen lag bei 14,6 Prozent. Die durchschnittlichen Dividendensätze betragen 13,8 (1968), 14,8 (1969) und 15,1 Prozent (1970).

Wiederum handelt es sich hierbei um Durchschnittsziffern. Die 100 größten Aktiengesellschaften der BRD schütteten 1968 14,0 und 1969 15,8 Prozent Dividende aus, die 15 größten Gesellschaften (31 Prozent des gesamten Aktienkapitals = 13,2 Mrd. DM) 1969 sogar 16,3 Prozent.

Entsprechend höher lagen dann auch die Zuwachsraten der Dividendensummen. Dividendensumme und -sätze verdeutlichen ohnehin nur annähernd die wirklichen Profitsteigerungen. Jene sind nicht einmal von denen der Löhne und Gehälter erreicht worden.

#### Dividendensumme von 1919 AGs in Mrd. DM

1968	1969	1970
4,57	5,39	5,57

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 558)

Die Ertragsminderungen der Unternehmer müssen vor dem Hintergrund auch der außergewöhnlich hohen selbstfinanzierten Investitionen beurteilt werden. Die Selbstfinanzierungsraten gehen bekanntlich in die Dividendensummen nicht ein. Bei nachlassendem realen Produktabsatz muß die Rendite pro überproportional investierter Kapitaleinheit zurückgehen. Löhne und Gehälter stehen zu diesem besonderen Kapitalverhältnis in keiner Beziehung.

Es liegt im Wesen des staatsmonopolistischen Systems, daß die Bundesregierung den Ertragsrückfluß zumindest stoppen will. Daher wisiert sie in ihren Orientierungsdaten für 1972 gegenüber 1971 eine Anhebung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 6,5 Prozent an (von 180,5 auf 192,5 Mrd. DM; JWB 1972, S. 42).

Damit wäre aber eine weit darüberhinausgehende Heraufsetzung der Gewinne der kapitalkräftigsten Aktiengesellschaften unmittelbar verbunden.

Die Bundesregierung stimuliert in der jetzigen Konjunkturphase bewußt diesen Trend und setzt — wie 1968 — ein verteilungspolitisches Datum, das den Abstand zwischen Arbeiterklasse und Kapitalbesitzern verbreitert; denn immer noch nicht ist es der Arbeiterklasse gelungen, den 1968 hergestellten Abstand real aufzuholen. Für 1972 ist — nach Schätzungen des DGB — eine mindestens 14prozentige Steigerung der Nettounternehmergewinne zu erwarten. Dies würde die Entwicklung der letzten Jahre bestätigen, wonach die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen viel rascher gewachsen sind als die Bruttosummen.

1971 stieg das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenüber 1970 um 4,1 Prozent. Den Unternehmern erscheint diese Rate schon als gefährlicher Ertragsverlust, der das wirtschaftliche Wachstum zurückgehen lasse. Doch diese statistische Restgröße ist kein echter Maßstab für die wirkliche Profitlage. Die Entwicklung der Dividenden ergibt — wenn auch nur annähernd, da die Selbstfinanzierung ausgeschaltet bleibt — ein anderes Bild. 1969 und 1970 wuchs die Dividendensumme im Durchschnitt aller AGs um etwa 22 Prozent bei jährlich angehobenen Dividendensätzen (bis zu 16,3 Prozent bei den 15 größten Gesellschaften im Jahre 1969). Ertragsminderungen im Unternehmensektor sind relativ zu beurteilen: je höher die größtenteils selbstfinanzierten Investitionen, desto geringer die Rendite pro eingesetzter Kapitaleinheit. Wie 1967/68, so will auch 1972 die Bundesregierung die Profite stärker wachsen lassen als Löhne und Gehälter, nämlich netto um rund 14 Prozent.

## 2.2 Nettogewinne

Die Verkleinerung der Zuwachsrate bei den veröffentlichten Gewinnen von 1970 zum 1. Hj. 1971 ist bei den Unternehmer- und Vermögensnettoeinkommen noch offensichtlicher als bei der Bruttorechnung (1. Hj. 1971 zum 1. Hj. 1970 +0,3 Prozent; 1. Hj. 1970 zum 1. Hj. 1969 +13,2 Prozent; 1970 zu 1969 +12,6 Prozent). Damit sollte das Lohndiktat, mit dem die Gewerkschaften im 2. Hj. 1971 konfrontiert wurden, statistisch untermauert werden. Die Bundesregierung sollte ferner einen begründeten Anlaß haben, die Verteilung in den kommenden Jahren zugunsten der Unternehmer zu beeinflussen.

#### Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Veränderg. geg. d. Vorj. in %
1969	122,9	+ 4,0
1970	138,4	+ 12,6
1970, 1. Hj.	64,4	+ 13,2
1971, 1. Hj.	64,6	+ 0,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 535)

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Bruttoeinkommen und -gehälter

Die Einkommenszuwachsquote (brutto) der abhängig Beschäftigten war 1971 gegenüber 1970 — ähnlich wie 1966/67 — wieder auffallend rückläufig (−4,6 Prozent).

#### Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

	in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1967	247,9	0,1
1968	266,3	7,4
1969	300,1	12,7
1970	353,1	17,7
1971	399,5	13,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 533; JWB 1972, S. 42)

Trotz gesunkener Beschäftigtenzahlen blieb der Zuwachs der Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigten auch 1971 hinter dem globalen Einkommensanstieg zurück, und zwar um −1,1 Prozent.

#### Durchschnittsbruttolohn und -gehalt (monatlich) je Arbeiter, Angestellten und Beamten

	in DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1967	857	3,2
1968	909	6,1
1969	993	9,2
1970	1138	14,7
1971	1274	12,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 534; 1/1972, S. 27)

Es ist der gewerkschaftlichen Lohnpolitik 1971 nicht gelungen, die Wachstumsrate der Jahre 1968/70 zu stabilisieren. Nicht nur im Hinblick auf die Tarifabschlüsse, sondern auch bei Zunahme der Effektivverdienste sahen sich die Gewerkschaften in der Defensive.

Besonders die seit dem 2. Vj. 1971 scharf einsetzende negative Lohndrift ließ die lohnpolitisch schwach verankerte Stellung der Arbeiterklasse offenkundig werden, wobei deren Kampfbereitschaft von den Gewerkschaften trotz des massiven Streiks in Nordwürttemberg-Nordbaden praktisch ignoriert wurde.

## Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten	Lohn drift auf Monatsbasis
1970, 1. Vj.	+ 11,3	+ 14,2	+ 2,9
2. Vj.	+ 11,2	+ 14,7	+ 3,5
3. Vj.	+ 12,0	+ 15,4	+ 3,4
4. Vj.	+ 14,6	+ 14,3	- 0,3
1971, 1. Vj.	+ 14,6	+ 14,6	± 0
2. Vj.	+ 14,5	+ 12,3	- 2,2
3. Vj.	+ 13,9	+ 12,0	- 1,9

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1972, S. 69\*)

Zweifellos hat sich die Einkommensstrategie der Unternehmer mit Unterstützung der Bundesregierung 1971 voll durchgesetzt. Diese Tatsache läßt für das laufende Jahr große Befürchtungen hinsichtlich der Position der Arbeiterklasse aufkommen. Die Lohnleitlinie gemäß der Jahresprojektion (JWB, S. 21) sieht für 1972 eine 6—6,5prozentige Steigerung der Effektivlöhne und -gehälter je Beschäftigten vor. Global werden Löhne und Gehälter noch weniger steigen, da die Arbeitslosigkeit zunimmt. Die Leitlinie ist bereits durch den Abschluß der IG Bau, Steine, Erden zum 1. Mai 1972 (+ 6,4 Prozent) bestätigt worden sowie durch die Bereitschaft der IG Druck und Papier, ihre ursprüngliche Forderung für 1972 von 10 Prozent auf 7,8 Prozent zu reduzieren.

Geben auch die anderen Gewerkschaften diesem Trend nach, wird zum Jahresende eine drastische Minderung der Realinkommen der Arbeiter und Angestellten unausbleiblich sein, ohne daß sie mit einer Garantie zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung kompensiert worden wäre.

Zudem wirkte die wohl politisch motivierte Zurückhaltung der Gewerkschaften dem krisenhaften Abschwung nicht entgegen. Er trägt auf diesem Wege ausschließlich zur monopolistischen Kapitalkonzentration bei, da dadurch die Selbstfinanzierungssumme der Konzerne erhöht wird, was mit den Absichten der staatlichen Wirtschaftspolitik zusammenfällt. Diese indirekte Profitvermehrung infolge einkommenspolitischer Inaktivität der Gewerkschaften geht aber auf Kosten einiger hunderttausend Arbeitsplätze, da die Konzerne trotzdem nicht dazu veranlaßt werden, verstärkt zu investieren (vgl. Kennziffer 1.4), zumal keine kräftigen Impulse seitens des privaten Verbrauchs zu erwarten sind.

Mit +13,1 Prozent war die Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit 1971 gegenüber 1970 rückläufig (-4,6 Prozent). Je Beschäftigten umfaßte die Brutto-lohn- und -gehältssteigerung +12 Prozent, die Zuwachsrate sank um -2,7 Prozent. Die Lohnleitlinie der Bundesregierung sieht 1972 eine 6—6,5prozentige Effektivlohn- und -gehältssteigerung je Beschäftigten vor. Es bedarf großer Anstrengungen, daß die Globalsumme infolge zunehmender Arbeitslosigkeit nicht absinkt.

### 3.2 Steuern und Abgaben

Einkommensteuerbelastung von Unternehmern, anderen Selbständigen und der Arbeiterklasse (in Mrd. DM)

	Insg.	Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer
1967	43,9	19,6	15,8	7,1	1,5
1968	48,4	22,1	16,3	8,6	1,5
1969	56,7	27,1	17,0	10,9	1,7
1970	61,8	35,1	16,0	8,7	2,0
1971	70,4	42,8	18,3	7,2	2,1

Veränd. geg. d. Vorj. i. %

1967	+ 2,6	- 1,8	- 8,1	+ 0,9	
1968	+ 12,9	+ 3,1	+ 21,1	+ 4,8	
1969	+ 22,5	+ 4,4	+ 27,5	+ 11,4	
1970	+ 29,7	- 5,8	- 20,0	+ 17,8	
1971	+ 21,9	+ 14,4	- 17,2	+ 5,0	

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 54; 2/1972, S. 58\*)

Nach 1969 wurde erst wieder 1971 von den Unternehmern und anderen Selbständigen ein positiver Prozentsatz der Veränderung der veranlagten Einkommensteuer (+14,6 Prozent gegenüber dem Vorfinanzjahr) verzeichnet.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer blieb konstant negativ: -20 Prozent im Jahre 1970, -17,2 Prozent im darauf folgenden Jahr.

Das Mißverhältnis der Einkommensteuerbelastung zungunsten der Lohnsteuerpflichtigen und Selbständigen mit minimalem Einkommen wird sich von diesem Jahr an indirekt vergrößern. Die 1972 erfolgende Heraufsetzung einiger Verbrauchsteuern (insbesondere ab 1. 9. die Tabaksteuer um 25 Prozent und ab 1. März für Mineralöl um 4,5 Pfennig je Liter) erfaßt diejenigen steuerlich, die bislang nur geringe oder — wie knapp 20 Prozent Bezüher niedriger Einkommen — keine Einkommensteuer zu zahlen brauchten. Ihre Konsumausgaben werden sich verteuern.

Schon heute ist der Anteil der Steuerbelastung am Preis, den die Verbraucher zu tragen haben, sehr erheblich: bei Dienstleistungen beträgt er 6,8, bei Nahrungsmitteln 9,8, bei Wohnungen und Energie 11,6, beim Verkehr 33,7 und bei den Genußmitteln 56,5 Prozent. (Angaben nach: Die Zeit, 4/1972, S. 28.) Man muß hierbei berücksichtigen, daß Nahrungsmittel, Wohnung, Energie und Verkehr zum lebensnotwendigen Verbrauch gehören, dem keiner ausweichen kann und für den ein so größerer Anteil des Einkommens aufgewandt werden muß, desto kleiner dieses ist.

Was im Rahmen der Steuer- und Abgabenpolitik der öffentlichen Hand im sofortigen Interesse der abhängig Beschäftigten läge, wäre die unverzügliche Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Lohnsteuer, zumal er eine andere Wirkung hatte als die wirtschaftspolitisch herausgestellte

Darüber hinaus müßte die Regierung im Rahmen der von ihr vorgesehenen Änderung des Steuerrechts kurzfristig gezwungen werden, die Einkommensteuersätze der Lohn- und Gehaltsentwicklung der letzten Jahre insofern anzupassen, daß das Lohnsteueraufkommen — es umfaßte 1971 5,7 Prozent des BSP, 1968 4,1 Prozent, — im Verhältnis zum Sozialprodukt zumindest auf den Stand von 1968 zurückgeführt, dafür die Steuerbelastung der Unternehmerprofite verstärkt wird.

Die Spanne zwischen dem Lohnsteueraufkommen und dem von Unternehmern sowie anderen Selbständigen hat 1971 ihren größten Abstand erreicht: Lohnsteuer 42,8 Mrd. DM, veranlagte Einkommensteuer zusammen mit der Körperschaftsteuer 25,5 Mrd. DM; 1968: Lohnsteuer 22,1 Mrd., veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer 24,9 Mrd. DM. Rasch steigender Anteil der Lohnsteuer am BSP: 1968 4,1 Prozent, 1970 5,6 Prozent, 1971 5,7 Prozent.

Die Erhöhung der Tabaksteuer (zum 1. 9. 1972 um +25 Prozent) sowie Mineralölsteuer (ab 1. 3. 1972 um 4,5 Pfennig je Liter) wird nun auch die Bezüher kleinerer Einkommen steuerlich stärker belasten.

### 3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die im 1. Hj. 1971 verlaufene Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltssumme (Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit abzüglich der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, der zusätzlichen Sozialaufwendungen und der Lohnsteuer) veranschaulicht — stellt man sie neben die Bruttoarbeitseinkommen — die massive steuerliche Belastung der abhängig Beschäftigten.

Der Unterschied zwischen beiden Zuwachsraten von 3,6 Prozent war noch nie so groß: Bruttoeinkommen +14,9 Prozent, Nettolöhne und -gehälter +11,3 Prozent.

## Nettolohn- und -gehaltssumme

	in Mrd. DM	Veränderg. geg. d. Vorj. i. %
1970	237,11	+ 14,8
1970, 1. Hj.	113,98	+ 15,3
1971, 1. Hj.	126,90	+ 11,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 76; 9/1971, S. 534)

Aufgrund der Staffelung der Steuersätze, wodurch Löhne und Gehälter immer stärker in den Einkommensteuerprogressionsbereich gelangen, sind die Nettolöhne und -gehälter im 1. Hj. 1971 um knapp 64 Mrd. DM hinter den Bruttoeinkommen zurückgeblieben. Der Abstand im 1. Hj. 1970 betrug noch 52 Mrd. DM.

Ebenso hat sich die Differenz der monatlichen Pro-Kopf-Netto- zu den -Bruttoeinkommen je durchschnittlich abhängig Beschäftigten weiter vergrößert.

## Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

	monatlich in DM	Zunahme geg. d. Vorj. in %
1970	881	12,1
1970, 1. Hj.	854	12,4
1971, 1. Hj.	941	10,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 534)

## 3.4 Preise

Die Preissteigerungswelle bleibt trotz aller gegenteiligen Erklärungen der Bundesregierung auch 1972 ungebrochen. Dabei geht die staatliche Preispolitik am rigorosesten vor. Zu Beginn des Jahres setzte die Bundesbahn ihre Tarife vor allem im Nahverkehr und in den Sozialstaffeln spürbar herauf, und zur Jahresmitte werden die Postgebühren im Durchschnitt zwischen 11 und 12 Prozent erhöht.

Gerade die Steigerung der Postgebühren dürfte sofort in den Preisen weitergegeben werden, so daß die kartellmäßige Anhebung der Preise für Kraftfahrzeuge zu Beginn des Jahres um 4—5 Prozent kein Einzelfall bleiben wird.

Hinzu tritt mit Sicherheit eine kräftige Erhöhung der Lebensmittelpreise. Nachdem sie 1971 schon um fast 4 Prozent anstiegen, ist für 1972 — entsprechend den Plänen der EWG-Kommission — mit Raten über 5 Prozent zu rechnen.

Zwischen 1970 und 1971 stieg der Preisindex

- der Lebenshaltung insgesamt um 5,2 Prozent,
- der Wohnungsmieten um 5,9 Prozent,
- von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um 6,4 Prozent,
- Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um 5,9 Prozent,
- für fremde Verkehrsleistungen um 6,3 Prozent.

Die Teuerungsrate der Lebenshaltung insgesamt überschritt im Dezember 1971 den durchschnittlichen Anstieg im Zeitraum 1970/71 um 0,6 Prozent und erreichte 5,8 Prozent.

Im Verlauf des dreijährigen Booms von Dezember 1968 bis Dezember 1971 zog der Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt alle Haushalte) um 13,4 Prozent an (Index im Dezember 1968 117,3).

## Preisentwicklung bis Dezember 1971 (1962 = 100; alle Haushalte)

	Lebenshaltungskosten ins.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Kraftfahrzeuge, Fahrräder	Fremde Verkehrsleistung
1968	116,4	146,0	116,7	102,0	124,3
1969	119,5	156,6	118,7	102,7	124,9
1970	124,0	163,4	127,4	107,3	125,9
1971	130,4	173,1	135,5	113,6	133,8
1970, Oktober	124,7	165,6	130,8	107,1	126,3
Nov.	125,3	166,5	131,7	107,1	126,4
Dezemb.	125,8	166,8	132,6	112,2	126,5
1971, Oktober	132,0	176,5	137,3	114,8	137,2
Nov.	132,6	176,9	138,3	114,8	137,2
Dezemb.	133,1	177,4	139,3	114,8	137,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1972, S. 53\*, 55\*)

## 3.5 Realeinkommensentwicklung

Nachdem 1970 die statistische Realeinkommenssteigerung im Vergleich zu 1969 knapp über 8 Prozent betrug, wird 1971 wohl kaum ein Zuwachs eintreten. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften prognostizierte sogar einen relativen Rückgang: die Realloohnerhöhung soll sich nur auf 5,1 Prozent gegenüber 8,3 Prozent 1970 belaufen.

## 3.6 Arbeitszeit

Auch die kurzfristige konjunkturelle Belegung im Frühjahr 1971 drückte die effektiven durchschnittlichen Arbeitszeiten in der Industrie nicht mehr auf den Stand des Vorjahres. Im Juli 1971 beliefen sich die bezahlten Wochenarbeitsstunden insgesamt nur auf 43,3, wogegen sie im Juli 1970 noch 44,0 betragen.

Vom Rückgang wurden insbesondere die männlichen Arbeitskräfte betroffen. Bei ihnen fiel die effektive wöchentliche Arbeitszeit von 44,9 auf 44,2 Stunden, während ihre weiblichen Kollegen lediglich um 0,1 Stunden weniger arbeiteten (40,5 Stunden im Juli 1970, 40,4 Stunden im Juli 1971).

Die Reduzierung der bezahlten Wochenarbeitsstunden in der Industrie trug ursächlich ebenfalls zur negativen Lohn drift seit dem 2. Vj. 1971, damit zur Minderung der Reallohne bei.

Um derartige Entwicklungen künftig zu verhindern, müßten die Gewerkschaften nachdrücklich auf eine generelle Senkung der tariflichen Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich schon während der nächsten konjunkturellen Aufschwungphase drängen. Dies käme einer indirekten Lohnerhöhung gleich, die sich auch in einer künftigen Abschwächung günstig auf die Realeinkommen der Industriebeschäftigten auswirken würde.

## Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriearbeiter

	männlich	weiblich	insg.
1968	44,0	40,6	43,3
1969	44,8	41,0	44,0
1970	44,8	40,7	44,0
1970, Juli	44,9	40,5	44,0
1971, Juli	44,2	40,4	43,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 11/1971, S. 666, 673\*)

## 3.7 Frauenarbeit

Im Juli 1969 gab es in der BRD 9 565 000 erwerbstätige Frauen, davon 78,2 Prozent in abhängiger Arbeit stehend.

Die Frauen stellten rund 37 Prozent der Erwerbstätigen dar, womit 40 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren ihren Unterhalt als Lohn- und Gehaltsabhängige, Selbständige oder mithelfende Familienangehörige verdienen. (Wirtschaft u. Statistik, 11/1971, S. 679).

Im einzelnen nahmen sie folgende Stellung im Beruf ein:

Selbständige	6,0 %
Mithelfende Familienangehörige	15,8 %
Beamte	2,7 %
Angestellte	40,2 %
Arbeiter	35,3 %

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 11/1971, S. 623\*)

Auffallend ist der hohe Anteil an Angestellten, während bei den erwerbstätigen Männern 53,8 Prozent Arbeiter und nur 23,6 Prozent Angestellte, dagegen 13,8 Prozent Selbständige und 7,1 Prozent Beamte waren.

Die Einstufung als Angestellte besagt nun aber wenig über die Qualifizierung und das Einkommen, da die angeleitete Bürohilfe ebenso wie das Vorstandsmitglied Angestellte sind.

In der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich werden die Angestellten in fünf Leistungsgruppen eingeteilt, die Rückschlüsse auf die Einkommenshöhe zulassen. Den Leistungsgruppen werden hierbei folgende Merkmale zugeteilt:

Leistungsgruppe	
V	einfache, schematische Tätigkeit ohne Berufsausbildung
IV	abgeschlossene Berufsausbildung in einfacherer Tätigkeit
III	mittlere Angestellte
II	gehobene Angestellte
I b	leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis.

1966 verteilten sich die Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich prozentual folgendermaßen auf die Leistungsgruppen:

Leistungsgruppe	männlich	weiblich
I b	5	1
II	24	4
III	52	30
IV	17	55
V	2	10

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1969, S. 310, 311)

Es fällt sogar auf, daß 65 Prozent der weiblichen Angestellten noch nicht einmal die mittlere Leistungsgruppe erreichen, während das gleiche nur für 19 Prozent der männlichen gilt. Sind 29 Prozent der männlichen gehobene oder leitende Angestellte, so kann man dies nur von 5 Prozent der weiblichen sagen. Berücksichtigt man außerdem, daß 20,9 Prozent der erwerbstätigen Männer 1969 Selbständige oder Beamte waren, gegenüber 8,7 Prozent Frauen, so nimmt es nicht Wunder, daß Frauen im Durchschnitt erheblich weniger als Männer verdienen.

1969 betrug der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten 35 Prozent, an der Brutto- und -gehaltssumme hingegen 24,4 Prozent, wovon 10,4 Prozent auf Arbeiterinnen, 0,5 Prozent auf Lehrlinge und 13,6 Prozent auf weibliche Angestellte und Beamte entfielen. (Quelle: WWI Mitteilungen Nr. 5, 1971, S. 130). Eine Aufschlüsselung der Nettoeinkommen von 82,6 Prozent der erwerbstätigen Frauen, d. h. aller außer den Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft und außer sämtlichen mithelfenden Familienangehörigen, ergab im Juli 1969:

#### Nettoerwerbseinkommen von ... bis unter ... DM in Prozent

unter 300	19,8
300—600	43,0
600—800	21,7
800—1200	11,7
1200—1800	2,7
1800 und mehr	1,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 11/1971, S. 684)

Das bedeutet, 3,8 Prozent = 303 000 Frauen verdienen mehr als 1200 DM netto im Monat, 62,8 Prozent, das sind fast 5 Mio. dagegen unter 600 DM.

Zur Gruppe mit einem Nettoerwerbseinkommen zwischen 800 und 1200 DM gehören 34,1 Prozent und über 1200 DM 16,4 Prozent der Männer.

Rund die Hälfte der Frauen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1200 DM und mehr dürfte dabei mindestens auf den öffentlichen Dienst entfallen sein. Dort waren am 2. 10. 1968 121 704 Frauen mit pädagogischer Ausbildung (1. Lehrprüfung) sowie 34 779 mit einer abgeschlossenen Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule, insgesamt also 156 483 beschäftigt, deren monatliches Nettoeinkommen in der Regel 1200 DM übersteigt.

Ein Nettoeinkommen unter 300 DM, wie es 1969 immerhin rund 20 Prozent der Frauen bezogen, ermöglicht ihnen nicht, ohne finanzielle Abhängigkeit von anderen Familienmitgliedern zu leben.

Es gibt zwei wesentliche Gründe für die schlechtere Bezahlung der Frauen gegenüber Männern:

1. Die oft geringere Qualifizierung, wie sie sich etwa am fünfmal so großen Anteil ungelernter weiblicher Angestellter im Vergleich zu den männlichen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich zeigt, aber auch am geringen Anteil weiblicher Hochschulabsolventen.

2. Die mindere Einstufung der Tätigkeiten, die in einem Betrieb, einer Abteilung Frauen zugeteilt werden oder die allgemein als typische Frauenberufe gelten, z. B. Näherinnen oder Krankenschwestern.

Es müßte zu einem Programmpunkt gewerkschaftlicher Lohnpolitik gemacht werden, die Minimaleinkommen der ganztag arbeitenden Mehrheit von 20 Prozent berufstätiger Frauen, die unter 300 DM monatlich verdienen, linear so anzuheben, daß ihnen eine materiell eigenständige Existenz ermöglicht wird.

Cirka 78 Prozent der 9,6 Mio. erwerbstätigen Frauen in der BRD (1969) stehen in abhängiger Arbeit, davon rund 40 Prozent Angestellte und rund 35 Prozent Arbeiterinnen. Der Anteil der Frauen an allen abhängig Beschäftigten beträgt 35 Prozent, auf sie entfallen aber nur circa 24 Prozent der Brutto- und -gehaltssumme insgesamt. 20 Prozent der erwerbstätigen Frauen verdienen 1969 weniger als monatlich 300 DM, 43 Prozent zwischen 300 und 600 DM pro Monat, d. h. fast 63 Prozent erhielten unter 600 DM.

## 4 Einkommens- und Vermögensverteilung

### 4.1 Einkommensverteilung

1966 erzielte die Arbeiterklasse eine Netto- und -gehaltsquote von 40,6 Prozent (Nettolöhne und -gehälter im Verhältnis zum NSP zu Marktpreisen), 1970 sank diese auf 39 Prozent, um im 1. Hj. 1971 40 Prozent zu erreichen, wobei im 2. Hj. dieser Prozentsatz gemäß den niedrigeren Tarifabschlüssen wieder sinken dürfte.

	NSP zu Marktpreisen in Mrd. DM	Nettolohn- u. -gehaltssumme in Mrd. DM	1/4-Anteil der Netto- u. -gehaltssumme am NSP
1966	440,0	178,5	40,6
1969	539,6	206,6	38,3
1970	608,0	237,1	39,0
1970, 1. Hj.	285,8	114,0	39,9
1971, 1. Hj.	317,5	126,9	40,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 66; 9/1971, S. 534, 538)

Das Großkapital erhält praktisch doppelt Teile des volkswirtschaftlichen Ertrages. Vom BSP werden zunächst die Abschreibungen abgezogen, wichtigste Selbstfinanzierungsquelle der Investitionen. Die unternehmerische Selbstfinanzierungsrate (ohne Banken), zu über 70 Prozent aus Abschreibungen gedeckt, umfaßte laut Bundesbankstatistik 1969 66 Prozent, 1970 63 Prozent und 1971 wird voraussichtlich ein Satz zwischen 60 und 65 Prozent kalkuliert worden sein.

Die staatsmonopolistische Einkommenspraxis veranschaulicht andeutungsweise folgende Aufstellung:

	Abschreibungen	Subventionen in Mrd. DM	Überschüßbildung des Staates
1970	74,1	9,5	17,3
1970, 1. Hj.	35,8	4,2	2,9
1971, 1. Hj.	41,0	3,9	5,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1971, S. 82; 9/1971, S. 527, 538, 540; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 62)

## 4.2 Vermögensverteilung

Die Einkommensverteilung bestimmt die Vermögensschichtung und damit die gesellschaftspolitische Machtkonzentration. Da bislang von der Bundesregierung immer noch kein Vermögensstrukturbericht vorgelegt wurde, müssen weiterhin die Berechnungen auf der Grundlage des Krelle-Gutachtens herangezogen werden, die inzwischen bis 1966 fortgeschrieben worden sind.

Danach hat die Vermögenszusammenballung in wenigen Händen von 1960 bis 1966 zugenommen: 1,7 Prozent der privaten Haushalte in der BRD verfügten 1960 über etwa 70 Prozent des Produktivvermögens, 1966 schon über 73,5 Prozent.

Im Unternehmensektor schlug sich dieses Verteilungsmaß in den Jahren 1967 bis 1969 — nach Bilanzauswertungen der Bundesbank von 44 000 Jahresabschlüssen — wie folgt nieder:

Vermögen	1967	1968		1969
		I	M r d. D M	
Sachvermögen	387,5	405,4		449,1
Forderungsvermögen	220,2	258,3		302,0
Bilanzsumme	621,0	677,8		766,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/1971, S. 36)

Es handelt sich hierbei um Durchschnittswerte, die noch keinen Einblick in die dahinter stehende Konzentration dieser Vermögensmassen eröffnen.

Dennoch weist die Bundesbank indirekt darauf hin, wenn sie im Hinblick auf die Verbindlichkeiten der Unternehmen tendenziell stärkere Kapitalverflechtungen untereinander erwähnt.

## 4.3 Staatliche Umverteilung

Wie im Falle der Krise 1966/67 geht die Bundesregierung auch im Zuge der jetzigen Rezession davon aus, einen erneuten Aufschwung nur über eine staatlich gesteuerte Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmer herbeiführen zu können.

Im Mittelpunkt dieser Orientierung steht die Anhebung der Selbstfinanzierungsquoten. Ohne Zweifel hat der zurückliegende Boom auch eine relative Steigerung der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten von 1968 bis 1970 gebracht, doch in unvergleichlich stärkerem Maße wurde mit Hilfe der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik die einseitige Vermögenszusammenballung zugunsten des Produktionsmittelbesitzes zementiert (vgl. Kennziffern 4.1 und 4.2).

Die Jahresprojektion für 1972 sieht vor, daß

- die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bis zu 7 Prozent,
- Effektivlohn und -gehalt je abhängig Beschäftigten bis zu 6,5 Prozent steigen sollen. (JWB 1972, S. 21)

Bei real abnehmenden Investitionen (vgl. Kennziffer 1.4) bedeutet dieses Verteilungsschema eine erhebliche Zunahme der unternehmerischen Selbstfinanzierungssumme, zumal die Profite von der Lohnseite her praktisch konsolidiert werden.

Neben der die wirklichen Reformerfordernisse außer acht lassenden strukturellen Ausgestaltung des Bundeshaushalts 1972 (vgl. INFO 4/1971, S. 11) stellt die Jahresprojektion ein nicht minder wirksames Instrument der staatlichen Verteilungspolitik dar. Im Rahmen der sog. Konzertierten Aktion wird die Regierung nichts unversucht lassen, die Gewerkschaften an diesen Kurs zu binden.

Es liegt nun an ihnen, wenigstens der DGB-Zielprojektion Geltung zu verschaffen. Sie geht von einer niedrigeren Arbeitslosenquote (0,9 Prozent) aus, strebt einen Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter von 9,8 Prozent und der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von lediglich 6,5 Prozent an.

## 5 Zusammenfassung

Die Zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeltraum und Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttoinlandsprodukt in			
	a) jeweiligen Preisen	1970/1971	% + 10,8	1.1
	b) Preisen von 1962	1970/1971	% + 2,8	1.1
2	Industrieproduktion			
	a) Index (1962 = 100)	Dezember 1971	151	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1971	% — 4,2	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt	November 1970/November 1971	% + 4,4	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie	November 1970/November 1971	% + 4,5	1.2
5	Auftragseingang der Industrie gegenüber dem			
	a) Vorjahr	Dezember 1971	% — 1,5	1.2
	b) Vormonat	Dezember 1971	% — 3,1	1.2
6	Exportüberschuß			
	a) absolut	Jan.—Dezember 1971	Mrd. DM 15,9	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	Jan.—Dezember 1971	Mrd. DM + 0,2	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen der verarbeitenden Industrie (Schätzung)	1971/1972	% — 6,0	1.4
8	Beschäftigte in der Industrie			
	a) absolut	November 1971	Mio. 8,5	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	November 1971	% — 2,1	1.5
9	Arbeitslose	Januar 1971	Tsd. 376	1.5
10	Industrieumsatz je Beschäftigten			
	a) absolut	November 1971	DM 5800	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	November 1971	% 7,4	1.6
11	Veränderung der Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten			
	a) insgesamt	1970/1971	% + 13,1	3.1
	b) je Beschäftigten	1970/1971	% + 12,0	3.1
12	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, und -gehältern (Lohn drift)	3. Vj. 1971	% — 1,9	3.1
13	Lohnsteuer	1970/1971	% + 21,9	3.2
14	Veranlagte Einkommensteuer	1970/1971	% + 14,4	3.2
15	Körperschaftsteuer	1970/1971	% — 17,2	3.2
16	Nettolohn- und -gehaltssumme			
	a) insgesamt	1. Hj. 1970/1. Hj. 1971	% + 11,3	3.3
	b) je Beschäftigten	1. Hj. 1970/1. Hj. 1971	% + 10,1	3.3
17	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)			
	a) Indexveränderung (1962 = 100)	Dezember 1970/Dezember 1971	in Pkt. + 7,3	3.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1971	% + 5,8	3.4
18	Kaufkraftsteigerung der durchschnittl. Monatsnettolöhne und -gehälter (Realeinkommenssteigerung aufgrund des Lebenshaltungskostenindex)	1969/1970	% + 8,3	3.5
19	Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in der Industrie	Juli 1971	Stunden 43,3	3.6
20	Selbstfinanzierungsquote	1970	% 63,0	4.1
21	Abschreibungen insgesamt	1. Hj. 1971	Mrd. DM 41,0	4.1

### Statistische Begriffe und Abkürzungen:

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber

1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird. Tsd. = Tausend; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Netto-sozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.